



SIEGFRIED LEHMANN  
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Jahnstr. 7 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

**bodenseeland**  
UNITE DINNOVATIONS

78315 RADOLFZELL  
Jahnstraße 7  
Telefon: 07732 - 972443  
Telefax: 07732 - 972444  
siegfried.lehmann@web.de  
www.siegfried-lehmann.de

Büro:  
Daniel Eggstein  
Rheingasse 8  
78462 Konstanz  
Tel.: 07531 / 2842620  
Fax: 07531 / 2842621

Konstanz, 10.07.2015

---

**Pressemitteilung: „MdL Lehmann kritisiert Fracking-Debatte innerhalb der Großen Koalition und fordert ein Verbot ohne Schlupflöcher.“**

---

**„Statt mit scharfen Umweltauflagen für die Erdgas- und Erdölförderung endlich ein konsequentes bundesweites Verbot von Fracking zu schaffen, diskutieren CDU und SPD über Verfahren, wie Fracking in weiten Teilen Deutschlands ermöglicht werden soll“, kritisiert der Konstanzer Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann das aktuelle gezerre und die Verschiebung der Entscheidung über eine gesetzliche Regelung zum Einsatz der Fracking-Technologie. „Wir brauchen endlich eine Regelung, die Fracking rechtssicher unterbindet und keine neuen Schlupflöcher eröffnet“, so Lehmann weiter. Lehmann kritisiert darüber hinaus, dass in dem vorgelegten Fracking-Gesetze den Bundesländern kein Mitentscheidungsrecht über den Bundesrat eingeräumt werden soll, um somit den von der baden-württembergischen Landesregierung in den Bundesrat eingebrachten Antrag für ein bundesweites Fracking-Verbot zu unterlaufen.**

Unbeachtet von der sommerlichen Reisetätigkeit der Umweltpolitiker von CDU und SPD in der Bodenseeregion musste die schwarz-rote Koalition am 3. Juli wegen interner Differenzen die Verabschiedung des Fracking-Gesetzes auf die Zeit nach der parlamentarischen Sommerpause verschieben.

„Sowohl die fragwürdige Entscheidungsübertragung für Probebohrungen mit der Fracking-Technologie auf eine strittig zusammengesetzte Expertenkommission, wie sie mehrheitlich die CDU vorschlägt, als auch der aktuelle SPD-Vorschlag eines Parlamentsvorbehalts, bieten neue Schlupflöcher für eine Technologie, die mit unkalkulierbaren Umweltrisiken für Grund- und Trinkwasservorkommen sowie für die Böden verbunden ist. Das Grundproblem

beim vorgelegten Fracking-Gesetz und der aktuellen Scheindiskussion über die Genehmigung von Probebohrungen liegt aber darin, dass unter 3000 Meter Tiefe die Förderung von Erdgas und Erdöl mittels umwelttoxischer Substanzen im Fracking-Verfahren weiterhin grundsätzlich erlaubt sein soll und oberhalb der willkürlichen 3000-Meter-Grenze prinzipiell der Einsatz der Fracking-Technologie über wissenschaftlich begleitete Probebohrungen ermöglicht werden soll. Mit einem vorsorgenden Wasser- und Bodenschutz hat das alles nichts zu tun“, macht Lehmann deutlich.

„Im deutlichen Gegensatz zu dem von CDU Bundestagsabgeordneten Andreas Jung stets angekündigten weitgehenden Fracking Verbot wird mit dem vorgelegten Gesetz der Bundesregierung Fracking zukünftig auf rund zwei Dritteln der Bundesfläche erlaubt, sogar in besonders schützenswerten Regionen wie Natura2000-Gebieten. Durch die willkürlich gesetzte 3000-Meter-Grenze für den Einsatz der Fracking-Technologie und der grundsätzlichen Erlaubnis, die in großen Mengen anfallenden giftigen Lagerstättenwasser im Erdboden verbrennen zu können, werden weder Gewässer, Trinkwassergebiete, Mineralwasserquellen, Brunnen von Brauereien und der Lebensmittelherstellung sowie Badegewässer und Naturschutzgebiete oder gar die Ackerböden, in ausreichendem Maße geschützt. Im Gegensatz hierzu brauchen wir endlich eine klare Regelung im Bundesbergrecht, um die Förderung von Erdgas und Erdöl mittels umwelttoxischer Substanzen weitreichend auszuschließen. Andere Länder sind da deutlich weiter. So hat Frankreich ein Frackingverbot erlassen.“ kritisierte Lehmann.

„Es ist schon erschreckend“, fährt der Konstanzer Abgeordnete fort, „dass CDU und SPD stets behaupten, dass Fracking in einer Trinkwasserregion wie dem Bodensee selbstverständlich untersagt werden soll - und damit das Gefährungspotential von Fracking indirekt eingestehen - aber keine Probleme damit haben, die Technologie in anderen Landesteilen zuzulassen.“

„Fracking birgt nicht nur gravierende Gefahren für Mensch und Umwelt, sondern verlängert auch das fossile Zeitalter und passt damit nicht zu dem eingeschlagenen Weg der Energiewende“, so Lehmann abschließend.